

**Sandburg statt Bollwerk**



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Gerade mal ein paar Minuten dauerte die Geheimhaltung der Geheimgespräche zwischen FDP, CVP und BDP. Danach stammelten die Teilnehmer wie ertrappte Sünder in die eingehaltenen Mikrofone. Nein, man habe nicht über den Machterhalt im Bundesrat gesprochen. Oder jedenfalls nicht ausschliesslich.

Für FDP-Präsident Fulvio Pellig ging es «selbstverständlich auch darum, unsere vier Bundesräte zu stärken». «Unsere vier Bundesräte? Gab da der oberste Freisinnige so nebenbei zu, dass die FDP Eveline Widmer-Schlumpf plötzlich zum eigenen Lager zählt? Nachdem Pelli jahrelang tapfer betont hatte, seine Parteikollegen hätten die Bündnerin nicht gewählt.

CVP-Chef Christophe Darbellay demutierte umgehend Pellis Aussage, man habe über die Zusammensetzung der Regierung gesprochen. Offensichtlich sind die Architekten der «Mitte-Allianz» auch verbal keine kurssicheren Hochseeskapitäne. Sondern hektische Sandburgbauer. Ihr Hintertreppnbündnis wird weggespült, sobald die Wogen der nächsten Parlaments- und Bundesratswahlen herannahen. Weil sich die Mitparteien gegenseitig die Wähler abjagen. Und weil sie sich deshalb entsprechend misstrauen.

Dennoch hat der Souverän allen Grund, dem vermeintlichen Bollwerk von FDP, CVP und BDP zu misstrauen. Denn ihre Schlingfahrt führt uns in griechische Gewässer. Inklusiv EU-Beitritt und Übernahme des Euro. Inklusiv Ausbau der Sozialwerke, Erhöhung der Schuldenberge, grenzenloser Migration. Fast noch schlimmer für die Bürger: Es geht den Wahlverlierern um die Installation einer Minderheitenregierung. Damit sie künftig vollends auf den Volkswillen pfeifen können.

An die Adresse der SVP sagte Pelli: «Es gibt auch eine bürgerliche Partei, die nicht mitregieren will, obschon sie im Bundesrat zumindest mit einem Sitz vertreten ist.» Ach so? Bislang meinte jedermann, die SVP sei bei fast jeder Bundesratswahl angetreten, um endlich gemäss ihrer Stärke mitzuregieren. Man wählte, Christoph Blocher habe durchaus mitregieren wollen und sich nicht selber abgewählt.

In einem Fall stimmt Pellis Vorwurf. Unlängst hat die SVP aufs Mitregieren verzichtet: als sie FDP-Bundesrat Didier Burkhalter einstimmig zur Wahl verhalf. Um jetzt dafür den Schuh zu bekommen. Schade, dass der alt gewordene Freisinn neben den Zähnen jetzt auch noch den Charakter verliert.

**MEDIENPOLITIK**

# Die SRG – ein 1,2-Milliarden-Gebühren-Imperium

Bislang interessierte Medienpolitik im Bundeshaus nicht. Besonders Kritik gegenüber der SRG war tabu, denn eine kritische Haltung birgt Gefahr, nicht mehr in die Sendungen eingeladen zu werden. Doch plötzlich sprechen alle über medienpolitische Themen.



NATALIE RICKLI NATIONALRÄTIN SVP WINTERTHUR

Einerseits mischen die Politiker in der Medienpolitik mit. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen den Parlamentariern, die fast nichts zu sagen haben, und dem Bundesrat, der fast alles zu sagen hat: von der Radiokonzession bis zur Höhe der Gebühren. Andererseits mischen noch zahlreiche weitere Akteure mit: Vorerst die Gebührenzahler, die ganz und gar nichts zu sagen haben. Dann natürlich die SRG mit ihren öffentlichkeitswirksamen Chefs. Ausserdem die Journalisten, die aber die SRG nur ungern kritisch hinterfragen, weil sie später selber gerne bei einem der vielen öffentlich-rechtlichen Sender arbeiten möchten. Hinzu kommen die Verleger von reinen Printprodukten und die Verleger mit eigenem Lokalradio oder -fernsehen, mit oder ohne Gebührenanteil. Und zudem die wenigen unabhängigen Sendestationen. Nicht zu vergessen der Monopol-Inkassobetrieb Billag mit 300 Mitarbeitern. Überdies die Verwaltung, namentlich das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) mit 293 Mitarbeitern. Kurz, es herrschen unzählige (Eigen-)Interessen. In diesem System werden über 1,3 Milliarden Zwangsgebühren eingetrieben, wovon 1,2 Milliarden an die SRG gehen und je rund 50 Millionen an private Medien und an die Billag.

Jahrelang war Medienpolitik kein Thema, weder bei Politikern noch bei Journalisten. Und plötzlich überbieten sich alle mit Analysen und Sparvorschlägen zur SRG. Auf einmal merken auch die Politiker, die bisher noch vehement für das Gegenteil gekämpft haben, dass private Sender ein Bedürfnis und tiefere Gebühren ein wichtiges

Anliegen der Konsumenten sind und nicht etwa die weitere Stärkung der SRG. Doch das Problem liegt tiefer: Wir müssen uns endlich die Fragen stellen, wofür wir eigentlich Gebühren zahlen.

**Scheinheilige Verleger**

Die Verleger wehren sich mit lautem Getöse gegen Onlinewerbung für die SRG. Gegen eine Gebührenerhöhung haben sie aber nichts einzuwenden. Denn sie hängen dank dem «Gebührensplittung» ebenfalls am Gebührentopf. Kaum einer sieht das Gebührensplittung als medienpolitischen Sündenfall, sondern sie sprechen von «gleich langen Spiessen mit der SRG». Die Verleger wehren sich gegen die «direkte Presseförderung», weil dies politische Einflussnahme bedeute. Das «indirekte Presseförderung» durch 30 Millionen Franken Posttarif-Verbilligung ist aber erwünscht und weitere Forderungen sind plattziert.

In einem freiheitlichen Staatssystem muss «Medienförderung» mit einer liberalen Gesetzgebung, grösstmöglichen Freiheiten (z. B. keine Werbeverbote) und einer auf den Service Public fokussierten SRG sowie dem dualen Modell (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten) geschehen. Auch tiefe Steuern und Abgaben und die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe wie Post und Swisscom gehören dazu. Nur so schaffen wir endlich Wettbewerb ohne Verzerrung und staatliche Einflussnahme.

**Was ist Service Public?**

Handelt es sich bei den Mister-Schweiz-Wahlen um ein zwingendes Angebot des Staates, das zur Grundversorgung gehört? Und wie steht es um die vielen Koch- und Spielformen auf den 18 staatlichen Radio- und 8 Fernsehsendern? Musicstar und Swiss

Award? Die hippesten US-Serien wie Desperate Housewife, Lost, Grey's Anatomy, Private Practice usw.? Warum muss das Schweizer Fernsehen Formel 1 und Champions League-Spiele ohne Schweizer Beteiligung ausstrahlen, wenn dasselbe gratis auf privaten Sendern zu empfangen ist?

In den Rechnungen der SRG herrscht Intransparenz. Wie viel verdienen die einzelnen Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder? Wie viel kosten die einzelnen Sparten? Und wie viel die einzelnen Sendungen, die eingekauften US-Filme und Serien, die Unterhaltungsshow und die Reisereportagen in ferne Länder? Alles Zahlen, welche die Gebührenzahler kennen wollen.

Bald wöchentlich werden neue Skandale der SRG aufgedeckt. Warum braucht der Staatssender ein neues Logo für mehrere Millionen? Warum plant das SF eine neue 3-Millionen-Sonntagabendshow «Die grössten Schweizer Talente»? Dem privaten Schweizer Sender 3+ war die Sendung zu teuer, das ORF hat sich dagegen entschieden, weil eine solche «Allelei-Talentshow den Qualitätsanforderungen eines öffentlich-rechtlichen Senders nicht genügt». Wann endlich hören wir solche klare Worte vom Leutenbach? Ganz sicher nicht, solange so viele verschiedene Akteure in der gebührenfinanzierten, staatlich regulierten Medienpolitik mitmischen und der sagenumwobene Service Public nicht klar definiert ist. Sicher nicht, solange im zuständigen Bundesamt einzig die SRG-Interessen gewahrt werden.

Aber auch nicht, solange die Privaten nicht für ihre Unabhängigkeit kämpfen und lieber am Zwangsgebührentopf mitnaschen. Geht es weiter wie bisher, müssen die Gebührenzahler noch tiefer in die Tasche greifen. Denn die SRG plant fröhlich weiter mit einem Defizit von wöchentlich einer (!) Million.

**MEDIENMITTEILUNG: NEUER GENERALDIREKTOR SRG**

## Nicht nachvollziehbarer Personalentscheid der SRG

Die SVP ist über die Wahl von Roger de Weck zum neuen Generaldirektor der SRG überrascht und irritiert. Die Gründe für diesen Entscheid sind für die SVP nicht nachvollziehbar.



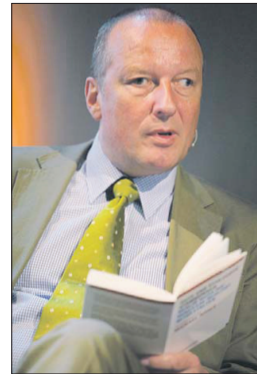
MARTIN BALTISSEER GENERALSEKRETÄR SVP SCHWEIZ

Mit de Weck wird eine stark ideologisch geprägte Person in dieses sensible und wichtige Amt gewählt. De Weck ist einer der profiliertesten Befürworter eines EU-Beitritts der Schweiz. Seine Abneigung gegenüber der SVP bringt er bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck. Die SVP erwartet vom neuen Generaldirektor der SRG indes in erster Linie unternehmerische Qualitäten. Er hat die grossen Herausforderungen der SRG ohne ideologische Scheuklappen anzupacken. Diese Herausforderungen liegen unter anderem in der Sanierung der Finanzen ohne eine Gebührenerhöhung und ohne Zusatzentnahmen. Der neue SRG-Direktor hat das Programmangebot auf einen qualitativ hochstehenden Service

Public in den Bereichen Information und Kultur zu entschlacken. Die SVP wird Herrn de Weck deshalb in den kommenden Wochen zu einer Aussprache einladen und erwartet von ihm eine Klärung seiner Position zu wichtigen politischen und unternehmerischen Fragen sowie gegenüber der SVP.

Die SRG hat eine zentrale meinungsbildende Rolle in der Schweiz. Die Besetzung des Generaldirektorenpostens hat deshalb auch eine wichtige staatspolitische Komponente. Die SVP hat sich im Vorfeld der Wahl dafür eingesetzt, dass die Wahl des Direktors nicht in erster Linie nach politischen, sondern nach unternehmerischen Kriterien erfolgt. Die SRG steht vor grossen Herausforderungen. Einschneidende Reformen wie eine Konzentration auf den Kernauftrag sind zwingend und dringend.

Vor diesem Hintergrund irritiert die nun erfolgte Wahl von Roger de Weck.



Roger de Weck: Was hat er im Visier?

De Weck hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere als Publizist mit ideologischer Prägung hervorgetan. Er gehört zu den flammendsten EU-Beitritts-Befürwortern im Land. Er ist Gründungsmitglied des «Club Héli-vétique», der die Volksrechte einschränken und die Ausschaffungsinitiative gar für ungültig erklären will. Er macht zudem aus seiner tief empfundenen Abneigung gegen die SVP keinen Hehl. Ein überzeugender unternehmerischer Leistungsausweis fehlt. Dieses Profil macht ihn zur ungeeigneten Person für diese wichtige Funktion.



Eine Sternstunde für die linke Schweizer Medienlandschaft.

... KOLUMNE AUS DEM JAHR 2004:

**Der neue de Weck**

VON CHRISTOPH MÖRGELI

«Wo das Beiwort – Neo» auftaucht, sind Fundamentalisten in der Nähe. Neophyten (wie die Kirche ihre im Erwachsenenalter getauften Schäfchen nennt) sind Eiferer. So weit Roger de Weck, der in den vergangenen zwölf Monaten in 63 Publikationen 18-mal eifrig Blocher und die SVP verdammt. «Den Widersacher zu achten, war eine Errungenschaft des Liberalismus. Neo aber lässt nichts zu als Neo, der Gegner ist heute wieder Feind», schreibt Roger de Weck, der in 25 Artikeln gegen Bush und die USA schrieb, dafür 23-mal die EU zum «Gegenentwurf» verklärte: «Sie ist weder Imperium noch Nation, sondern der einzige willentliche Verbund einer Vielzahl von Staaten.»

Ist die EU aber auch ein «weltlicher Verbund» der Menschen? In Deutschland fand kein einziges Plebiszit über eine europäische Frage statt. Weder zu den Verträgen von Maastricht (Währungsunion) noch zu Nizza (Osterweiterung) oder Amsterdam (gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik). Und es grenzte an ein Wunder, käme es wegen der geplanten Verfassung zu einer Volksbefragung. Nun muss man wissen: De Weck wirkt als Neo-Gastprofessor am Europa-Kolleg in Brügge, einer Hochschule für künftige EU-Berater, einer Art St. Pölten für die Brüsseler Priesterkaste. Da geht die kritische Distanz etwas verloren.

Ausgebildet wurde de Weck an der HSG in St. Gallen. In seiner ersten Phase galt er noch als bürgerlich kontaminiert. Erst sein Scheitern im freien Zeitungsmarkt (zunächst als Chefredaktor des «Tages-Anzeigers», dann der «Zeit») liess ihn zum Neo-Etatisten konvertieren. Jetzt darf er als Moderator in der geschützten SRG-Zone eine Stunde lang Sozialdemokratisches unterrichten. «Sternstunde Philosophie» heisst das meist inestuös besetzte Gruppengespräch. Diese Form des «Isolationismus» scheint de Weck nicht zu stören.

Statt dass die Medienelite den Regierenden auf die Finger klopft, statt dass sie die Rechte der Bürger und Konsumenten verteidigt, reiht sie sich willfährig in die Prozession der Staatsgläubigen ein. Was aber die Verfechter dieses ethischen Sozialismus an die Stelle der Marktwirtschaft setzen würden, bleibt nebulös. «Soziale Gerechtigkeit» ist eben nur zu haben, wenn ein allmächtiger Staat jedem Menschen seinen Platz in der Gesellschaft zuweist. Und damit jede Freiheit vernichtet.